

Wie kann der Bundeshaushalt durch strukturelle Reformen zum Ausgleich gebracht werden?

Vorschläge von Jochen-Konrad Fromme

BHH 2026 Entwurf

- Berlin: (hib/SCR) Die Bundesregierung hat dem Bundestag am Freitag den Entwurf für den Bundeshaushalt 2026 (21/600) zugeleitet. Das Kabinett hatte die Vorlage am 30. Juli 2025 beschlossen. Die erste Lesung des Haushaltsentwurfs ist für die Sitzungswoche vom 22. bis 26. September 2025 vorgesehen.
- Der Haushaltsentwurf 2026 sieht Ausgaben von 520,5 Milliarden Euro vor (2025: 503,0 Milliarden Euro). Die Einnahmen - ohne Nettokreditaufnahme - werden im Entwurf auf 340,7 Milliarden Euro taxiert (2025: 339,4 Milliarden Euro). Die Nettokreditaufnahme wird mit 89,9 Milliarden Euro (2025: 81,8 Milliarden Euro) angegeben.
- Ausgaben des Sondervermögens Bundeswehr, des Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität sowie des Sondervermögens Klima- und Transformationsfonds sind darin nicht enthalten. Die Wirtschaftspläne der drei Sondervermögen sind dem Entwurf beigelegt.
- Die Ausgaben für Personal sollen laut Entwurf im kommenden Jahr 48,5 Milliarden Euro betragen (2025: 45,6 Milliarden Euro). Die sächlichen Verwaltungsausgaben sind mit 28,4 Milliarden Euro veranschlagt (2025: 25,9 Milliarden Euro). Für die militärische Beschaffung sind im Kernhaushalt 38,6 Milliarden Euro vorgesehen (2025: 21,7 Milliarden Euro). Die Ausgaben für den Schuldendienst taxiert die Bundesregierung auf 30,2 Milliarden Euro (2025: 30,2 Milliarden Euro). Für Zuweisungen und Zuschüsse sind 327,0 Milliarden Euro eingeplant (2025: 322,7 Milliarden Euro). Als Investitionen sind Ausgaben in Höhe von 56,1 Milliarden Euro (2025: 62,7 Milliarden Euro) eingeplant. Die sogenannten besonderen Finanzierungsausgaben sollen mit -8,4 Milliarden Euro zu Buche schlagen (2025: -5,7 Milliarden Euro). Sie setzen sich aus etatisierten globalen Minderausgaben in Höhe von -9,4 Milliarden Euro (2025: -5,7 Milliarden Euro) und globalen Mehrausgaben in Höhe von 1,0 Milliarden Euro (2025: 0,9 Milliarden Euro) zusammen.
- Auf der Einnahmeseite sind im Entwurf für Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Einnahmen 384,0 Milliarden Euro veranschlagt (2025: 387,0 Milliarden Euro). Die Verwaltungseinnahmen sind auf 23,0 Milliarden Euro taxiert (2025: 27,0 Milliarden Euro). Die übrigen Einnahmen, darunter die Nettokreditaufnahme, sollen laut Entwurf 113,5 Milliarden Euro einbringen (2025: 89,0 Milliarden Euro).

Lösung

Politik muss wieder das tun, wozu sie da ist

Prioritäten setzen.

Es geht um die Frage: Den Sozialstaat weiter auspolstern oder sich um Sicherheit und Infrastruktur sowie die Transformation in die kohlenstofffreie Gesellschaft zu kümmern.

Die Reihenfolge ist bewusst gewählt.

Dazu muss eine Staatsreform mit Entflechtung der Zuständigkeiten, Sicht- und Fühlbarmachung von Verantwortung und einem Abbau des Misstrauens gegenüber den Menschen und Betrieben verbunden mit einem nachhaltigem Bürokratieabbau kommen.

Lösungsmöglichkeiten

Ein- und Ausgaben müssen in Übereinklang gebracht werden

- Kürzung der Ausgaben

Der Knüppel bleibt an den Hund gebunden:

Man kann auf Dauer nicht mehr ausgeben, als man erwirtschaftet

**Kredite schaffen keine zusätzliche Kaufkraft! Im Gegenteil:
Mindern durch Zins**

Bessere Lösung Doppik

Ist bei den Kommunen vorgeschrieben, durch Verschuldungsverbot und Pflicht Abschreibungen zu verbuchen, ist sichergestellt, daß jede Generation nur das verbraucht, was sie auch erarbeitet.

Kreditaufnahme nur für Investitionen erlaubt.

Über Abschreibung ist sichergestellt, daß Schulden getilgt und der gesamte Ressourcenverbrauch von der Generation aus normalen Deckungsmitteln (Steuern und Abgaben) finanziert werden.

Eckpunkte für eine Lösung

1. **Laufende Ausgaben müssen aus laufenden Einnahmen finanziert werden
einschl. steigendem Zins- und Verteidigungsaufwand**
 - **Steuererhöhungen scheiden aus, weil**
 - a) **Unternehmenssteuern international zu hoch und nicht wettbewerbsfähig**
 - b) **und Lohn- und EinkSt ebenfalls zu hoch**
[1960 20³igfache des Durchschnittseinkommens Spitzensteuersatz
heute 1,6 fache jedes Facharbeiterehepaar plus Sozialversicherung 20 %
 - **Überstunden erforderlich**
 - **Lösung nur durch Rückbau der Staatstätigkeit (Senkung der Staatsquote)**
 - **Effizienter Einsatz der Mittel (BRH rügt Energiewende, Sozialstaat durch behördenwirrwar und unabgestimmte parallele Leistungen ineffektiv)**

- **2. Sparvorschläge**

- **Staatsreform (Reduzierung Staatsquote, Abbau Bürokratie, Effektiver Einsatz der Staatsmittel, Verbesserung der Wirkungsmechanismen)**
- **Einführung der Doppik (System bestimmt Denken ; Transparenz der Folgen Kreditaufnahme)**
- **Konzernbilanz des Bundes**
- **Anschub der Wirtschaft durch Steuerreform (Unternehmen auf intern. Niveau; Überstunden steuerfrei; Rentnerarbeit steuerfrei) Jedes Prozent Wachstum bringt 1,5 Steuerzuwachs 4x 2 % Wachstum **10 %****
- **Zuwanderung in Sozialsysteme verhindern und Arbeitsmigration gezielt fördern durch strikte Trennung ohne Spurwechsel (Vol. 45 Mrd. Einsparung **15 Mrd.**)**
- **Personalabbau Bund 1/3 (= Stand von 2012) von 45 Mrd. (**15 Mrd.**) plus Arbeitsplatzkosten (allein Miete Berlin 25 €/m² 18:2X=9x 25 x12= Miete 2.700 €/Arbeitsplatz + EDV Heizung, Reinigung ca. 20% (**3 Mrd.**)**
- **Bekämpfung Schwarzarbeit mit Beweislastumkehr durch Belegpflicht (15 % Wirtschaftsvolumen 345 Mrd. Steuerquote 25 % davon 50 % = **40 Mrd.**)**
- **Konzentration der (Sozial-)Familienleistungen auf Modellfamilien**
- **Subventionsabbau **30 Mrd.****
- **Rückführung der versicherungsfremden Leistungen in den Sozialversicherungen (Vol. allein Rentenvers. **120 Mrd.** **20 Mrd.**)**

Verbesserungsvolumen rund 123 Mrd.

28.10.2024

Personalreduzierung Ministerien



- Beamte
- Weniger oder
- Längere Arbeitszeit

Reform des öffentlichen Dienstrechtes (Vorschlag Fromme ???)

Subventionsabbau

- Es hat sich gezeigt, daß ein Großteil der Subventionen wirkungslos ist, deshalb können sie abgeschafft werden
- BRH Herbst 2024
- WELT 05.08.24 Bericht über Flosbach-Studie
- Patrick Walter FAZ 28.11.23
- Volumen **30 Mrd.** €

Subventionsabbau

Verdreifachung der Subvention

Vgl dazu BT-Drucks.

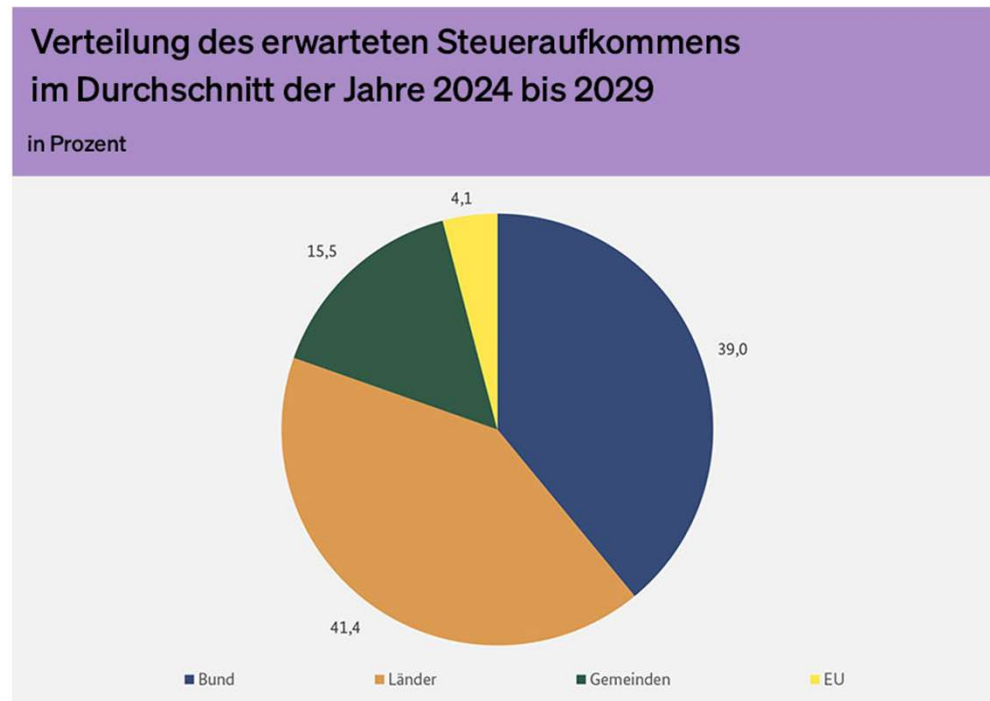
BHH-2025-Nutzen und Aufbau der deutschen Subventionspolitik
BT-20-13778

Sparbeitrag 40 Mrd. €

- Sparpotenzial ist genug vorhanden. Das zeigt der am 10.09.2025 vom Kabinett verabschiedete Subventionsbericht. Laut diesem belaufen sich die Subventionen im nächsten Jahr auf 78 Milliarden Euro. Das sind 33 Milliarden Euro mehr als vor zwei Jahren. Allein die Förderung der erneuerbaren Energien bei der Einspeisung ins Stromnetz kostet die Steuerzahler mehr als 17 Milliarden Euro, die Staatshilfen für die energetische Sanierung von Gebäuden weitere 12 Milliarden Euro.
- Wer wie Finanzminister Lars Klingbeil vor diesem Hintergrund den Eindruck erweckt, der Bundeshaushalt lasse sich nur durch höhere Steuern sanieren, hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Nicht das Wachstum schädigende Steuern, sondern nur ein schlanker Haushalt kann Deutschlands Bonität bewahren und seinen Status als Stabilitätsanker der Währungsunion sichern.
- Die Bundesregierung muss daher liefern, soll Deutschland nicht den Weg Frankreichs gehen. Vielleicht sendet Madame Lagarde an diesem Donnerstag eine entsprechende Botschaft aus dem EZB-Turm nach Berlin. Wünschenswert wäre es.
- Quelle NZZ 11-09-25

- Bürgergeld 4,5 Mrd Sparbeitrag
BReg Presse vom 02.07.25

Abbau Bürokratie und Stärkung Eigenverantwortung



Abweichung in den Summen durch Rundung der Zahlen möglich.

Abbildung 1

Quelle: Arbeitskreis „Steuerschätzungen“

Quelle
Monatsbericht BMF
11-24

- BRH
- Stärkung der Einnahmebasis BT-21-32

Rechnungshof fordert „Stärkung der Einnahmebasis“

Haushalt/Unterrichtung

Berlin: (hib/SCR) Angesichts eines wachsenden „Schuldenbergs“ fordert der Bundesrechnungshof, die „Handlungsspielräume bei den laufenden Einnahmen“ stärker in den Blick zu nehmen. Diese würden bei den Diskussionen über Konsolidierungsmaßnahmen im Haushalt weitgehend außer Acht gelassen, kritisieren die Rechnungsprüfer in einem Bericht mit dem Titel „Defizite und Reformbedarf beim Steueraufkommen identifizieren - Handlungsspielräume nutzen“ ([21/32](#)). Darin werden 22 Maßnahmen vorgeschlagen. Laut Berechnungen könnten Bund und Länder allein durch den Abbau von Steuervergünstigungen Mehreinnahmen von 30 Milliarden Euro pro Jahr erzielen (Bund: 23 Milliarden Euro).

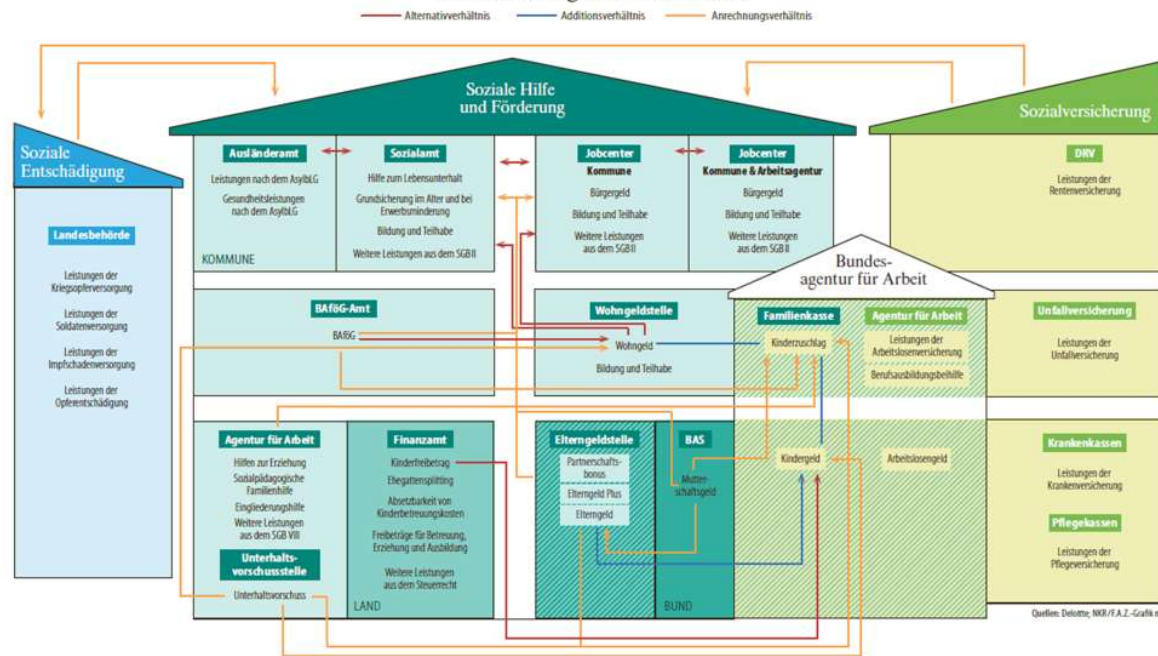
Aus Sicht des Bundesrechnungshofes sind die „Stellschrauben“, um die Einnahmebasis des Staates zu stärken, seit Langem bekannt, doch die Bundesregierung habe diese bislang kaum genutzt. „Strukturelle Defizite und Vollzugsmängel bestehen fort, notwendige Reformen stehen aus“, moniert der Bundesrechnungshof.

- Zu den vorgeschlagenen Maßnahmen gehört unter anderem der Abbau von Steuervergünstigungen, etwa für Dieselkraftstoff oder für Handwerkerleistungen. Weitere Vorschläge beziehen sich auf die IT und Digitalisierung der Steuerbehörden, die Stärkung der Steuerfahndung und der Geldwäschebekämpfung. Zudem schlagen die Rechnungsprüfer vor, Vollzugsdefizite, etwa bei der Steuererhebung bei beschränkt Steuerpflichtigen, abzustellen und Besteuerungslücken im Bereich der Plattformökonomie und des Handels mit Kryptowerten zu schließen.

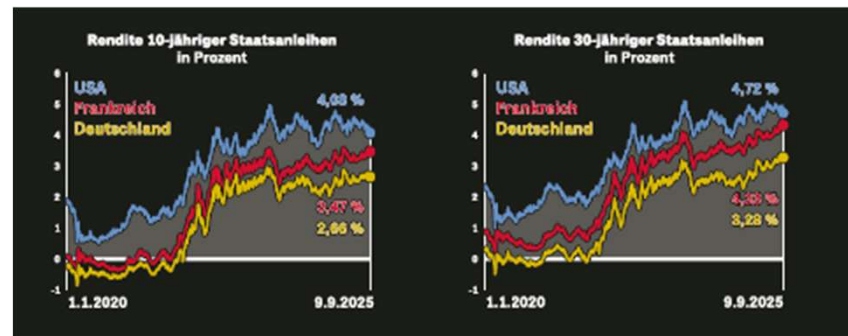
- Prüfungsbericht 2024 BT
- BT- 20-14000
- Ergänzungen BT- 21-100 Ergänzungen

- Freileitungen statt Erdverkabelung
- 5 Mrd. €

Sozialleistungen im Überblick



Quelle FAZ vom 26.03.2024



Quelle Handelsblatt 12-09-25

Personalreduzierung Ministerien



Eckpunkte für eine Lösung

- 1. Laufende Ausgaben müssen aus laufenden Einnahmen finanziert werden einschl. steigendem Zins- und Verteidigungsaufwand**
 - **Steuererhöhungen scheiden aus, weil**
 - a) Unternehmenssteuern international zu hoch und nicht wettbewerbsfähig**
 - b) und Lohn³ und EinkSt ebenfalls zu hoch**
[1960 20igfache des Durchschnittseinkommens Spitzensteuersatz heute 1,6 fache jedes Facharbeiterehepaar plus Sozialversicherung 20 %]
 - **Überstunden erforderlich**
 - **Lösung nur durch Rückbau der Staatstätigkeit (Senkung der Staatsquote)**

Ausgabenkürzung

- Effizienzsteigerung, d. h. die Kosten für Staatsprodukte senken
- Staatsprodukte Verringern oder streichen

- **2. Sparvorschläge**

- **Staatsreform (Reduzierung Staatsquote, Abbau Bürokratie, Effektiver Einsatz der Staatsmittel, Verbesserung der Wirkungsmechanismen)**
- **Einführung der Doppik (System bestimmt Denken ; Transparenz der Folgen Kreditaufnahme)**
- **Konzernbilanz des Bundes**
- **Anschub der Wirtschaft durch Steuerreform (Unternehmen auf intern. Niveau; Überstunden steuerfrei; Rentnerarbeit steuerfrei)**
- **Zuwanderung in Sozialsysteme verhindern und Arbeitsmigration gezielt fördern durch strikte Trennung ohne Spurwechsel (Vol. 30 Mrd. Einsparung **15** Mrd.)**
- **Personalabbau Bund 1/3 (= Stand von 2012) von 45 Mrd. (**15** Mrd.) plus Arbeitsplatzkosten (allein Miete Berlin 25 €/m² 18:2X=9x 25 x12= Miete 2.700 €/Arbeitsplatz + EDV Heizung, Reinigung ca. 20% (**3** Mrd.)**
- **Bekämpfung Schwarzarbeit mit Beweislastumkehr durch Belegpflicht (15 % Wirtschaftsvolumen 345 Mrd. Steuerquote 25 % davon 50 % = **40** Mrd.)**
- **Konzentration der (Sozial-)Familienleistungen auf Modellfamilien**
- **Rückführung der versicherungsfremden Leistungen in den Sozialversicherungen (Vol. allein Rentenvers. **120** Mrd. **20** Mrd.)**

Verbesserungsvolumen rund **93 Mrd.**

RA Dr. R. Romme

22.10.2025 Business4school in
Hildesheim

Subventionsabbau

Verdreifachung der Subvention

Vgl dazu BT-Drucks.

BHH-2025-Nutzen und Aufbau der deutschen Subventionspolitik
BT-20-13778

Sparbeitrag **40 Mrd.** €

- Bürgergeld 4, 5 Mrd Sparbeitrag
Breg Presse vom 02.07.25

- Streichung Zuschüsse für Nichtregierungsorganisationen
- Im Wahlkampf wurde die Frage nach der Finanzierung der Nichtregierungsorganisationen gestellt.
- Sie nehmen keine Regierungsaufgaben wahr, deshalb muß die Frage gestellt werden, muß der Bund sie mit fast 1 Mrd. € fördern oder kann das nicht ganz oder zu großen Teilen gestrichen werden?

- Beamte
- Weniger
- Längere Arbeitszeit
- Reform des öffentlichen Dienstrechtes (Vorschlag Fromme ???)

- Sparpotenzial ist genug vorhanden. Das zeigt der am gestrigen Mittwoch vom Kabinett verabschiedete Subventionsbericht. Laut diesem belaufen sich die Subventionen im nächsten Jahr auf 78 Milliarden Euro. Das sind 33 Milliarden Euro mehr als vor zwei Jahren. Allein die Förderung der erneuerbaren Energien bei der Einspeisung ins Stromnetz kostet die Steuerzahler mehr als 17 Milliarden Euro, die Staatshilfen für die energetische Sanierung von Gebäuden weitere 12 Milliarden Euro.
- **Effizienter Einsatz der Mittel (BRH rügt Energiewende)**
- Wer, wie Finanzminister Lars Klingbeil, vor diesem Hintergrund den Eindruck erweckt, der Bundeshaushalt lasse sich nur durch höhere Steuern sanieren, hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Nicht das Wachstum schädigende Steuern, sondern nur ein schlanker Haushalt kann Deutschlands Bonität bewahren und seinen Status als Stabilitätsanker der Währungsunion sichern.
- Die Bundesregierung muss daher liefern, soll Deutschland nicht den Weg Frankreichs gehen. Vielleicht sendet Madame Lagarde an diesem Donnerstag eine entsprechende Botschaft aus dem EZB-Turm nach Berlin. Wünschenswert wäre es.

- BRH
- Stärkung der Einnahmebasis BT-21-32

Rechnungshof fordert „Stärkung der Einnahmebasis“

Haushalt/Unterrichtung

Berlin: (hib/SCR) Angesichts eines wachsenden „Schuldenbergs“ fordert der Bundesrechnungshof, die „Handlungsspielräume bei den laufenden Einnahmen“ stärker in den Blick zu nehmen. Diese würden bei den Diskussionen über Konsolidierungsmaßnahmen im Haushalt weitgehend außer Acht gelassen, kritisieren die Rechnungsprüfer in einem Bericht mit dem Titel „Defizite und Reformbedarf beim Steueraufkommen identifizieren - Handlungsspielräume nutzen“ ([21/32](#)). Darin werden 22 Maßnahmen vorgeschlagen. Laut Berechnungen könnten Bund und Länder allein durch den Abbau von Steuervergünstigungen Mehreinnahmen von 30 Milliarden Euro pro Jahr erzielen (Bund: 23 Milliarden Euro).

Aus Sicht des Bundesrechnungshofes sind die „Stellschrauben“, um die Einnahmebasis des Staates zu stärken, seit Langem bekannt, doch die Bundesregierung habe diese bislang kaum genutzt. „Strukturelle Defizite und Vollzugsmängel bestehen fort, notwendige Reformen stehen aus“, moniert der Bundesrechnungshof.

- Zu den vorgeschlagenen Maßnahmen gehört unter anderem der Abbau von Steuervergünstigungen, etwa für Dieselkraftstoff oder für Handwerkerleistungen. Weitere Vorschläge beziehen sich auf die IT und Digitalisierung der Steuerbehörden, die Stärkung der Steuerfahndung und der Geldwäschebekämpfung. Zudem schlagen die Rechnungsprüfer vor, Vollzugsdefizite, etwa bei der Steuererhebung bei beschränkt Steuerpflichtigen, abzustellen und Besteuerungslücken im Bereich der Plattformökonomie und des Handels mit Kryptowerten zu schließen.

- Prüfungsbericht 2024 BT
- BT- 20-14000
- Ergänzungen BT- 21-100 Ergänzungen

- Freileitungen statt Erdverkabelung
- 5 Mrd. €

Diskussionspunkte

- **Steuererhöhungen scheiden aus, weil**
 - a) Unternehmenssteuern international zu hoch und nicht wettbewerbsfähig**
 - b) und Lohn- und EinkSt ebenfalls zu hoch**
[1960 20igfache des Durchschnittseinkommens
Spitzensteuersatz
heute 1,6 fache jedes Facharbeiterehepaar plus
Sozialversicherung 20 %]
- **Schuldenbremse**

Finanzpolitik 80iger Jahre

„Ich will die Steuer- und Finanzpolitik der 80er Jahre nur in wenigen Strichen nachzeichnen. Außer Frage steht, dass die Jahre bis 1989 ungewöhnlich erfolgreich waren. Die **Staatsquote** wurde von **über 50 Prozent** auf knapp über **45 Prozent** zurückgeführt, die **Steuerquote** sank von **24 Prozent** auf **22,7 Prozent** und die **Abgabenquote** von **über 40 Prozent** auf rund **38 Prozent**. Bei sinkenden Inflationsraten betrug das reale Wirtschaftswachstum rund 3 Prozent im Jahresdurchschnitt, was sich auf dem Arbeitsmarkt in Form eines Beschäftigungsgewinns von etwa drei Millionen Arbeitsplätzen auswirkte.“

Wolfgang Schäuble, in: Gerhard Stoltenberg – ein großer Politiker und sein Vermächtnis,

Herausgeber KAS, 2002, Seite 17

- **5 % Staatsquote wären rund 215 Mrd. €**
- **Da müssen doch die 170 Mrd. € (3,9 % des BIP) Handlungsbedarf auch jetzt zu schaffen sein**

Agenda 2010

- In den Nuller-Jahre Agenda 2010 von Gerhard Schröder vergleichbare Aktion von Senkung der Staatsausgaben und konjunkturellen Anreizen

Anhang

Finanzierungsquellen

Wo kommt das Geld für Kredite her?

Kapitalschöpfung bei Wirtschaftssubjekten - Sparkapital

Buchgeldschöpfung der Banken (max 8-fache Eigenkapital)

Geldschöpfung der Zentralbanken (Begrenzung durch rechtlichen Auftrag der Inflationsbekämpfung)

Art. 127*)

(1) Das vorrangige Ziel des Europäischen Systems der Zentralbanken (im Folgenden "ESZB") ist es, die Preisstabilität zu gewährleisten. Soweit dies ohne Beeinträchtigung des Zieles der Preisstabilität möglich ist, unterstützt das ESZB die allgemeine Wirtschaftspolitik in der Union, um zur Verwirklichung der in Artikel 3 des Vertrags über die Europäische Union festgelegten Ziele der Union beizutragen. Das ESZB handelt im Einklang mit dem Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb, wodurch ein effizienter Einsatz der Ressourcen gefördert wird, und hält sich dabei an die in Artikel 119 genannten Grundsätze.

(2) Die grundlegenden Aufgaben des ESZB bestehen darin,

- **die Geldpolitik der Union festzulegen und auszuführen,**
- **Devisengeschäfte im Einklang mit Artikel 219 durchzuführen,**
- **die offiziellen Währungsreserven der Mitgliedstaaten zu halten und zu verwalten,**
- **das reibungslose Funktionieren der Zahlungssysteme zu fördern.**

Staatsfinanzierung (Geldpolitik) ist der EZB zwar verboten, aber sie kauft Staatspapiere aus zweiter Hand (streitig)

Dadurch war ein enormer Anstieg der Staatsverschuldung in der EU möglich

Das hat zu einem enormen Anstieg der Geldmenge geführt und ist eine wesentliche Ursache für die teilweise 2-stellige Inflationsrate im Jahr 2023